

Antrag von Mitgliedern

Mitgliederversammlung am 10.10.2026

Initiator_nnen: Friedhelm Frischenschlager, Gustav Gressel, Alexander Weyrosta, Douglas Hoyos, Roman Pable, Helga Pattart-Drexler, Silvia Nadjivan, Christoph Hofer, Lukas Sustala, Martina Bednar

Titel: Ein sicheres Österreich in einem wehrhaften Europa

Antragstext

1 1. Position

2 NEOS bekennen sich zur regelbasierten globalen Ordnung im Rahmen des
3 Völkerrechts, der Vereinten Nationen (UNO) und der Allgemeinen Erklärung der
4 Menschenrechte (AEMR) sowie zum kollektiven militärischen Sicherheitssystem der
5 UNO und den Grundsätzen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in
6 Europa (OSZE). Für ein kleines Land wie Österreich ist eine internationale
7 Ordnung, die auf der Stärke des Rechts und nicht auf dem Recht des Stärkeren
8 basiert, entscheidend, um eigene Interessen zu wahren und nationale Sicherheit
9 zu gewährleisten, sowie in einer geordneten, globalen Struktur durch
10 internationalen Handel unseren Wohlstand zu erhalten.

11 Sicherheit ist keine ausschließlich militärische Aufgabe. Moderne
12 Sicherheitspolitik umfasst den Schutz demokratischer Institutionen ebenso wie
13 die Verteidigung der territorialen Integrität, den Schutz kritischer
14 Infrastruktur, wirtschaftliche Resilienz, technologische Souveränität und die
15 Fähigkeit, auf hybride Kriegsführung wirksam zu reagieren. NEOS bekennen sich
16 daher zu einem gesamtheitlichen Zugang (Comprehensive Approach), der
17 militärische, zivile, wirtschaftliche und gesellschaftliche Instrumente
18 verbindet. Militärische Fähigkeiten bleiben unverzichtbar. Dauerhafte Sicherheit
19 und Frieden setzen jedoch zugleich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,
20 wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt voraus.

21 Österreich verfolgt das Ziel, einen konventionellen Krieg von vornherein zu
22 verhindern, nach dem Prinzip: Friedenssicherung durch Abschreckung. Glaubhafte
23 Abschreckung entsteht nicht durch Deklarationen, sondern durch Fähigkeiten, die
24 ein Angreifer ernst nehmen muss: Luft- und Drohnenabwehr, Cyberfähigkeit,
25 Aufklärung, durchhaltefähige Landstreitkräfte und gesicherte Munitions- und
26 Energieversorgung. Der Landesverteidigungsbericht 2024/25 hält hierzu fest:
27 „Einzelstaaten können diesen Herausforderungen nicht mehr alleine begegnen,
28 daher ist eine gesamteuropäische Zusammenarbeit erforderlich.“ Das ist keine
29 politische Meinung, sondern die Lagebeschreibung des Verteidigungsressorts.

30 Für ein Land der Größe und Bevölkerung Österreichs ist kein Mobilmachungsrahmen
31 möglich, der eine eigenständige flächendeckende Abwehroperation im gesamten
32 Bundesgebiet erlauben würde. Auch aufgrund der modernen Militärtechnologie ist
33 einzelstaatliche Verteidigung damit schlicht nicht mehr machbar. Wer Sicherheit
34 allein national organisiert, organisiert sie nicht. Friedenssicherung durch
35 Abschreckung ist daher nur aufbauend auf europäischer Verteidigung im Verbund
36 möglich – über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der
37 Europäischen Union, gegenseitige Beistandspflichten und Projekte mit
38 europäischen Partnerländern wie z. B. integrierte Luftverteidigung.

39 Daraus folgt die Pflicht, die eigene Lage realistisch zu benennen und
40 europäische wie transatlantische Optionen zur Friedenssicherung ernsthaft zu
41 prüfen. Die österreichische Neutralität entstand 1955 unter den Bedingungen des
42 Kalten Kriegs: als Kompromiss zwischen den Blöcken, abgesichert durch das
43 Gleichgewicht der Supermächte. Diese Voraussetzungen gelten heute nicht mehr.
44 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Cyberoperationen, Sabotage und
45 Drohnen- wie Raketenbedrohungen gegen Europa haben die Lage grundlegend
46 verändert. Zugleich sind die Vereinigten Staaten kein verlässlicher
47 Bündnispartner mehr, auf dessen automatischen Schutz Europa bauen kann.
48 Washington sagt ausdrücklich, dass Europa sich verstärkt selbst verteidigen
49 müsse. Wer diese Ansage ignoriert, überlässt die europäische Sicherheit dem
50 Zufall.

51 Die Konsequenz kann nicht österreichische Isolation sein, sondern die Bündelung
52 europäischer Kapazitäten, um autonom abschrecken zu können. Isolation ist
53 deshalb keine Alternative, weil sie die Gefahr für Österreich erhöht, nicht
54 senkt. Ein Land, das in der veränderten geopolitischen Situation militärisch
55 schwach bleibt, nachrichtendienstlich allein steht und sich aus europäischen
56 Verteidigungsstrukturen heraushält, wird nicht sicherer, sondern zum lohnenden
57 Ziel hybrider Angriffe – von Desinformation über Cyberangriffe bis zur Störung
58 kritischer Infrastruktur. Neutralität schützt nicht. Sie ersetzt weder
59 militärische Abschreckung noch Bündniswirksamkeit noch gesellschaftliche
60 Resilienz. Sie beschreibt einen Rechtsstatus, keine Verteidigungsstrategie.

61 Durch die Volksabstimmung und den darauffolgenden EU-Beitritt 1995 wurde die
62 österreichische Neutralität bereits verfassungsrechtlich abgeändert und
63 wesentlich eingeschränkt. Seitdem gilt, dass innerhalb der Europäischen Union
64 Beistand vor Neutralität geht. Österreich hat sich zur Gemeinsamen Sicherheits-
65 und Verteidigungspolitik sowie zur Beistandspflicht nach Artikel 42 Absatz 7 EUV
66 bekannt: Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedstaat schulden
67 alle EU-Mitglieder, auch Österreich, Hilfe und Unterstützung. Neutralität

68 gegenüber einem Angriff auf einen EU-Partner wäre keine Friedenspolitik, sondern
69 Vertrags- und Solidaritätsbruch mit gravierenden politischen Konsequenzen für
70 Österreich.

71 Ebenso entscheidend wie militärische Abschreckung ist der Ausbau der
72 gesamtstaatlichen Resilienz. Sicherheit beginnt nicht erst an der Staatsgrenze,
73 sondern in einer widerstandsfähigen Gesellschaft, die den Willen besitzt, ihre
74 Heimat zu verteidigen. Daher müssen der Schutz kritischer Infrastruktur, die
75 Versorgungssicherheit mit Energie und Rohstoffen, der Schutz digitaler Systeme,
76 die Bekämpfung von Desinformation sowie demokratische politische Bildung
77 zentrale Bestandteile österreichischer und europäischer Sicherheitspolitik sein.
78 Demokratie muss gegen äußere Einflussnahme ebenso wie gegen innere Polarisierung
79 und Extremismus wehrhaft sein.

80 NEOS bekennen sich zudem klar zur Ukraine als wesentlichem Teil der europäischen
81 Sicherheitsarchitektur. Ihr Verteidigungskampf schützt nicht nur ihre eigene
82 staatliche Souveränität, sondern verteidigt auch die europäische Unabhängigkeit
83 und Friedensordnung, das Völkerrecht und die Grundprinzipien internationaler
84 Zusammenarbeit. Solange die Ukraine hält, bleibt die Abschreckungslinie vor der
85 EU; fiel sie, rückte die Bedrohung näher an Österreich heran.

86 **2. Forderungen**

87 Das österreichische Bundesheer muss auf die sicherheitspolitischen Anforderungen
88 der kommenden Jahrzehnte vorbereitet sein, um Frieden durch Abschreckung im
89 europäischen Verbund sichern zu können. Dafür braucht es moderne Ausrüstung,
90 ausreichende Finanzierung, attraktive Karrierewege und volle Interoperabilität
91 mit den Streitkräften europäischer Partner. Österreich soll sich verstärkt an
92 europäischen Ausbildungs-, Beschaffungs- und Fähigkeitsprojekten beteiligen,
93 weiterhin NATO-kompatible Standards implementieren und Beiträge zu gemeinsamen
94 Missionen ausbauen. Das Bundesheer muss sowohl zur klassischen
95 Landesverteidigung als auch zum Schutz kritischer Infrastruktur, zur
96 Cyberverteidigung und zur europäischen Krisenvorsorge befähigt sein. Eine
97 stärkere Einbindung in europäische Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen ist
98 hierfür unerlässlich.

99 Angesichts wachsender Unsicherheiten über die zukünftige Rolle der USA muss
100 Europa seine sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. Im Sinne
101 strategischer Autonomie muss Europa im Notfall fehlende US-Beiträge an Truppen
102 und Fähigkeiten durch eigene Kapazitäten ersetzen können. Das heißt konkret: den
103 europäischen Flügel der NATO stärken durch stärkere Interoperabilität und
104 Durchhaltefähigkeit sowie militärische Kooperation innerhalb der Europäischen
105 Union weiter ausbauen. NEOS treten für eine kontinuierliche Vertiefung der
106 europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Ziel ist eine
107 Europäische Union, die außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig ist, ihre
108 Bürger:innen wirksam schützt und als glaubwürdiger sicherheitspolitischer Akteur
109 internationale Verantwortung übernimmt.

110 NEOS fordern, dass Österreich seine Verpflichtungen aus der EU-Mitgliedschaft,
111 insbesondere aus Artikel 42 Absatz 7 EUV, nicht durch ein überholtes

112 Neutralitätsverständnis entleert. Die sogenannte irische Klausel macht den
113 Beistand im Ernstfall nicht optional. Österreich soll daher im Beistandsfall
114 militärisch wie zivil helfen können: mit Streitkräften, zivilen Kräften,
115 Logistik, Medizin, Cyberfähigkeit, Schutz kritischer Infrastruktur sowie
116 Versorgung, Beschaffung und industrieller Durchhaltefähigkeit. Was Österreich in
117 jedem Feld beitragen kann, muss vorab definiert und tatsächlich vorgehalten
118 werden. Österreich soll zudem die Garantie abgeben, dass es die Durchführung
119 militärischer Güter und Truppen europäischer Partner im Beistandsfall nicht
120 blockiert.

121 Solange die im Vertrag über die Europäische Union (EUV) angelegte Europäische
122 Verteidigungsunion nicht realisiert ist, gilt es, Sicherheits- und
123 Verteidigungspolitik in den bestehenden europäischen Strukturen umzusetzen und
124 zu vertiefen. Österreich braucht dafür eine ehrliche und ideologiefreie Debatte
125 über seine Rolle im europäischen Verbund. Österreich soll jedenfalls dort
126 laufend beitragen, wo europäische und partnerschaftliche Verteidigung heute
127 organisiert wird: in PESCO, dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), dem
128 European Defence Industry Programme (EDIP), der European Sky Shield Initiative
129 (ESSI), der Initiative für militärische Mobilität sowie in Missionen und Übungen
130 im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP).

131 **3. Maßnahmen**

132 Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern rasches
133 Handeln. Für die Gegenwart und Zukunft sind daher folgende Maßnahmen zu setzen:

134 **3.1. Sofortige Maßnahmen**

135 **Offenen Dialog zur österreichischen Sicherheitspolitik führen**

136 Ein breiter öffentlicher Dialog über Österreichs Sicherheits- und
137 Verteidigungspolitik und Neutralität im europäischen Verbund soll angestoßen
138 werden. Klar ist für NEOS, dass das Festhalten am Neutralitätsverständnis aus
139 der Zeit des Kalten Kriegs keine Basis für Österreichs zukünftige Sicherheits-
140 und Verteidigungspolitik sein kann und in diesem Prozess zu überdenken ist. Es
141 gilt Bewusstseinsarbeit dafür zu leisten, dass zeitgemäße solidarische
142 Sicherheits- und Verteidigungspolitik militärische, zivile, wirtschaftliche,
143 technologische und gesellschaftliche Sicherheit integriert und Klarheit über die
144 Rolle Österreichs innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur voraussetzt.

145 **Militärische Einsatzfähigkeit des Bundesheeres nachhaltig erhöhen**

146 Der Aufbauplan 2032+ und die Personalstruktur des Bundesheeres sind an die im
147 jährlichen Risikobild identifizierten Risiken anzupassen. Dazu gehören
148 insbesondere die beschleunigte Modernisierung der Ausrüstung, der Ausbau der
149 Luftraumüberwachung bzw. -verteidigung auf Basis neuer Technologien, eine
150 zeitgemäße Drohnen- und Cyberabwehr, der Schutz kritischer Infrastruktur sowie
151 eine bessere Personalgewinnung und die Attraktivierung militärischer Laufbahnen.

152 **Interoperabilität mit europäischen Partnern konsequent ausbauen**

153 Gemeinsame Ausbildungsprogramme, multinationale Übungen, NATO-Standards und
154 gemeinsame Fähigkeitsentwicklung sind verstärkt umzusetzen. Als Good Practice
155 gilt insbesondere die vollständige Einbindung in die NATO-Partnerschaft für den
156 Frieden (PfP) zur Stärkung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit.

157 **Europäische Luftraumüberwachung und -verteidigung stärken**

158 Österreich soll verstärkt an europäischen Luftraumverteidigungsprojekten wie Sky
159 Shield teilnehmen. Die österreichische Luftraumüberwachung und -verteidigung
160 sind entsprechend dem neuen Risikobild in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten
161 neu aufzustellen und zu stärken. Dazu gehört ein automatischer, möglichst
162 Echtzeit-Austausch von Sensor- und Luftlagedaten mit europäischen Partnern,
163 damit Bedrohungen früh erkannt, ein gemeinsames Lagebild entsteht und der eigene
164 Luftraum wirksamer geschützt werden kann.

165 **Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktiv mitgestalten**

166 Österreichs Mitwirkung an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
167 (GSVP) der Europäischen Union, an PESCO-Projekten, der Europäischen
168 Verteidigungsagentur und weiteren europäischen Kooperationsformaten, etwa den
169 EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment Capacities, RDC), ist deutlich zu
170 intensivieren. Die Strukturplanung des Österreichischen Bundesheeres hat sich an
171 den Anforderungen einer vorbehaltlosen Umsetzung der Solidaritätsverpflichtungen
172 nach Artikel 42 Abs 7 EUV auszurichten. Als solidarischer Partner schützt
173 Österreich seine Transportinfrastruktur für den Transit von Truppen und
174 Hilfsgütern und beteiligt sich in Zukunft ohne Vorbehalt an der europäischen
175 Initiative zur Stärkung der militärischen Mobilität EMERS (European Military
176 Mobility Enhanced Response System).

177 **Gemeinsame Beschaffung stärken**

178 Aktuell erfolgt nur ein geringer Teil der europäischen Rüstungsbeschaffung
179 gemeinsam. Nationale Alleingänge treiben die Kosten in die Höhe und verhindern
180 die dringend notwendige Standardisierung von Gerät und Ausrüstung. Künftig
181 müssen EU-Mittel daher klar an gemeinsame Beschaffung gebunden werden.
182 Beschaffung im Rahmen europäischer Kooperationen soll in Zukunft automatisch
183 gesetzeskonform sein. Derzeit müssen österreichische Partnerländer befürchten,
184 dass sie an einem österreichischen Weiterverkaufsverbot scheitern. Das
185 Kriegsmaterialgesetz ist hierfür zu reformieren.

186 **Spionage unterbinden – Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit stärken**

187 Österreich muss den Ruf ablegen, ein Zentrum für Spionage gegen die Interessen
188 unserer Partner zu sein. Der Spionageparagraph im Strafrecht muss Spionage nicht
189 nur gegen österreichische Interessen, sondern auch gegen unsere internationalen
190 und insbesondere europäischen Partner, juristische und natürliche Personen

191 innerhalb der EU (Unternehmen, Zivilgesellschaft, Oppositionspolitiker:innen,
192 etc.) und gegen Internationale Organisationen unter Strafe stellen. Um Spionage,
193 aber auch Gefährdungen gegen österreichische oder Partnerinteressen rechtzeitig
194 aufklären zu können, sollen die Befugnisse unserer Nachrichtendienste an
195 europäische Normen angeglichen werden. Österreichs Dienste müssen aktive Partner
196 in Europa werden, anstatt nur passive Informationsempfänger zu sein.

197 **Eine umfassende nationale Resilienzstrategie entwickeln**

198 Energie-, Digital-, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung, strategische
199 Reserven, Lieferketten und der Schutz kritischer Technologien sind als integrale
200 Bestandteile nationaler Sicherheit zu definieren. Nationale
201 Cyberabwehrkapazitäten und der Schutz kritischer Infrastruktur sind in
202 europäischer Zusammenarbeit weiter auszubauen. Langfristig ist eine
203 gesamtstaatliche Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die Bevölkerungsschutz,
204 Zivilschutz, Krisenvorsorge und militärische Landesverteidigung stärker
205 verzahnt.

206 **Die demokratische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Österreichs und der** 207 **EU festigen**

208 Politische und demokratische Bildung, Verständnis für neue Technologien wie
209 Künstliche Intelligenz (KI), Medienkompetenz, die Bekämpfung extremistischer
210 Radikalisierung sowie Maßnahmen gegen Desinformation und digitale Manipulation
211 durch innere und äußere Akteure sind – im europäischen Verbund durch einen
212 European Democracy Shield – zu stärken. Demokratiebildung, gesellschaftlicher
213 Zusammenhalt, digitale Souveränität, wissenschaftliche Exzellenz,
214 Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sind als tragende
215 Säulen moderner Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln.

216 **Die Ukraine weiter unterstützen**

217 Die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine ist
218 durch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten konsequent fortzuführen.
219 Ihr Wiederaufbau und ihre langfristige Einbindung in die europäische
220 Sicherheitsarchitektur sind aktiv zu unterstützen. Dabei sind ihre einzigartigen
221 Erfahrungen in moderner Verteidigung, Cyberabwehr und innovativen
222 Militärtechnologien zu nutzen.

223 **3.2. Langfristige Maßnahmen**

224 **Eine österreichische Gesamtstrategie für Strategische Autonomie entwickeln**

225 Ziel muss die Verringerung kritischer Abhängigkeiten bei Energie, Rohstoffen,
226 Halbleitern, Künstlicher Intelligenz, digitalen Plattformen und
227 sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien sein.

228 **Europäische Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Sektoren ausbauen**

229 Die Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste, Cyberabwehr und
230 Terrorismusbekämpfung sowie der systematische Informationsaustausch innerhalb
231 Europas sind sukzessive zu vertiefen. Europol soll als zentrale europäische
232 Koordinations- und Analyseagentur gestärkt werden.

233 **Europäische Sicherheits- und Innovationspolitik stärken**

234 Forschung, Start-ups und Dual-Use-Technologien im Sicherheitsbereich sind
235 gezielt zu fördern. Dazu braucht es mehr EU-Mittel, schnellere
236 Zulassungsverfahren und bessere Verknüpfung von ziviler und militärischer
237 Innovation – im Sinne der Draghi- und Letta-Reports. So steigert Europa seine
238 technologische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit.

239 **Gemeinsame europäische Rüstungs- und Beschaffungspolitik vorantreiben**

240 Gemeinsame Beschaffung und Rüstungsprojekte sollen zunehmend Doppelgleisigkeiten
241 abbauen, Skaleneffekte ermöglichen, die europäische Verteidigungsindustrie
242 stärken und Europas technologische Souveränität ausbauen.

243 **Die Europäische Verteidigungsunion vollenden**

244 Eine handlungsfähige Europäische Verteidigungsunion ist als Ziel der
245 europäischen Integration über die Grenzen der EU hinaus zu unterstützen.
246 Österreich soll sich dabei als konstruktiver Mitgestalter positionieren.
247 Allfällige Bündnisentscheidungen dürfen keinesfalls über die Köpfe der
248 Bürger:innen hinweg fallen. Sicherheitspolitik gewinnt nur Bestand, wenn sie
249 erklärt und getragen wird.

250 **Eine eigenständige EU-Armee aufbauen**

251 Die EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment Capacities) sollen schrittweise zu
252 permanenten gemeinsamen europäischen Streitkräften weiterentwickelt werden – mit
253 gemeinsamen Kommandostrukturen, Ausbildung, integrierter Logistik, Beschaffung
254 und Budget. Als logische Vollendung der Vereinigten Staaten von Europa entsteht
255 daraus eine eigenständige EU-Armee, bestehend aus Berufssoldat:innen, auf Basis
256 der RDC als Nukleus. Damit die Europäische Union eigenständig die Sicherheit
257 ihrer Bürger:innen gewährleisten kann, müssen alle Mitgliedsstaaten – darunter
258 selbstverständlich auch Österreich – die notwendigen politischen und rechtlichen
259 Schritte zum Aufbau einer EU-Armee setzen.

PDF-Upload

Ein sicheres Österreich in einem wehrhaften Europa

1. Position

NEOS bekennen sich zur regelbasierten globalen Ordnung im Rahmen des Völkerrechts, der Vereinten Nationen (UNO) und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) sowie zum kollektiven militärischen Sicherheitssystem der UNO und den Grundsätzen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Für ein kleines Land wie Österreich ist eine internationale Ordnung, die auf der Stärke des Rechts und nicht auf dem Recht des Stärkeren basiert, entscheidend, um eigene Interessen zu wahren und nationale Sicherheit zu gewährleisten, sowie in einer geordneten, globalen Struktur durch internationalen Handel unseren Wohlstand zu erhalten.

Sicherheit ist keine ausschließlich militärische Aufgabe. Moderne Sicherheitspolitik umfasst den Schutz demokratischer Institutionen ebenso wie die Verteidigung der territorialen Integrität, den Schutz kritischer Infrastruktur, wirtschaftliche Resilienz, technologische Souveränität und die Fähigkeit, auf hybride Kriegsführung wirksam zu reagieren. NEOS bekennen sich daher zu einem gesamtheitlichen Zugang (Comprehensive Approach), der militärische, zivile, wirtschaftliche und gesellschaftliche Instrumente verbindet. Militärische Fähigkeiten bleiben unverzichtbar. Dauerhafte Sicherheit und Frieden setzen jedoch zugleich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt voraus.

Österreich verfolgt das Ziel, einen konventionellen Krieg von vornherein zu verhindern, nach dem Prinzip: Friedenssicherung durch Abschreckung. Glaubhafte Abschreckung entsteht nicht durch Deklarationen, sondern durch Fähigkeiten, die ein Angreifer ernst nehmen muss: Luft- und Drohnenabwehr, Cyberfähigkeit, Aufklärung, durchhaltefähige Landstreitkräfte und gesicherte Munitions- und Energieversorgung. Der Landesverteidigungsbericht 2024/25 hält hierzu fest: „Einzelstaaten können diesen Herausforderungen nicht mehr alleine begegnen, daher ist eine gesamteuropäische Zusammenarbeit erforderlich.“ Das ist keine politische Meinung, sondern die Lagebeschreibung des Verteidigungsressorts.

Für ein Land der Größe und Bevölkerung Österreichs ist kein Mobilmachungsrahmen möglich, der eine eigenständige flächendeckende Abwehroperation im gesamten Bundesgebiet erlauben würde. Auch aufgrund der modernen Militärtechnologie ist einzelstaatliche Verteidigung damit schlicht nicht mehr machbar. Wer Sicherheit allein national organisiert, organisiert sie nicht.

Friedenssicherung durch Abschreckung ist daher nur aufbauend auf europäischer Verteidigung im Verbund möglich – über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, gegenseitige Beistandspflichten und Projekte mit europäischen Partnerländern wie z. B. integrierte Luftverteidigung.

Daraus folgt die Pflicht, die eigene Lage realistisch zu benennen und europäische wie transatlantische Optionen zur Friedenssicherung ernsthaft zu prüfen. Die österreichische Neutralität entstand 1955 unter den Bedingungen des Kalten Kriegs: als Kompromiss zwischen den Blöcken, abgesichert durch das Gleichgewicht der Supermächte. Diese Voraussetzungen gelten heute nicht mehr. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Cyberoperationen, Sabotage und Drohnen- wie Raketenbedrohungen gegen Europa haben die Lage grundlegend verändert. Zugleich sind die Vereinigten Staaten kein verlässlicher Bündnispartner mehr, auf dessen automatischen Schutz Europa bauen kann. Washington sagt ausdrücklich, dass Europa sich verstärkt selbst verteidigen müsse. Wer diese Ansage ignoriert, überlässt die europäische Sicherheit dem Zufall.

Die Konsequenz kann nicht österreichische Isolation sein, sondern die Bündelung europäischer Kapazitäten, um autonom abschrecken zu können. Isolation ist deshalb keine Alternative, weil sie die Gefahr für Österreich erhöht, nicht senkt. Ein Land, das in der veränderten geopolitischen Situation militärisch schwach bleibt, nachrichtendienstlich allein steht und sich aus europäischen Verteidigungsstrukturen heraushält, wird nicht sicherer, sondern zum lohnenden Ziel hybrider Angriffe – von Desinformation über Cyberangriffe bis zur Störung kritischer Infrastruktur. Neutralität schützt nicht. Sie ersetzt weder militärische Abschreckung noch Bündniswirksamkeit noch gesellschaftliche Resilienz. Sie beschreibt einen Rechtsstatus, keine Verteidigungsstrategie.

Durch die Volksabstimmung und den darauffolgenden EU-Beitritt 1995 wurde die österreichische Neutralität bereits verfassungsrechtlich abgeändert und wesentlich eingeschränkt. Seitdem gilt, dass innerhalb der Europäischen Union Beistand vor Neutralität geht. Österreich hat sich zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zur Beistandspflicht nach Artikel 42 Absatz 7 EUV bekannt: Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedstaat schulden alle EU-Mitglieder, auch Österreich, Hilfe und Unterstützung. Neutralität gegenüber einem Angriff auf einen EU-Partner wäre keine Friedenspolitik, sondern Vertrags- und Solidaritätsbruch mit gravierenden politischen Konsequenzen für Österreich.

Ebenso entscheidend wie militärische Abschreckung ist der Ausbau der gesamtstaatlichen Resilienz. Sicherheit beginnt nicht erst an der Staatsgrenze, sondern in einer widerstandsfähigen Gesellschaft, die den Willen besitzt, ihre Heimat zu verteidigen. Daher müssen der Schutz kritischer Infrastruktur, die Versorgungssicherheit mit Energie und Rohstoffen, der Schutz digitaler Systeme, die

Bekämpfung von Desinformation sowie demokratische politische Bildung zentrale Bestandteile österreichischer und europäischer Sicherheitspolitik sein. Demokratie muss gegen äußere Einflussnahme ebenso wie gegen innere Polarisierung und Extremismus wehrhaft sein.

NEOS bekennen sich zudem klar zur Ukraine als wesentlichem Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur. Ihr Verteidigungskampf schützt nicht nur ihre eigene staatliche Souveränität, sondern verteidigt auch die europäische Unabhängigkeit und Friedensordnung, das Völkerrecht und die Grundprinzipien internationaler Zusammenarbeit. Solange die Ukraine hält, bleibt die Abschreckungslinie vor der EU; fiel sie, rückte die Bedrohung näher an Österreich heran.

2. Forderungen

Das österreichische Bundesheer muss auf die sicherheitspolitischen Anforderungen der kommenden Jahrzehnte vorbereitet sein, um Frieden durch Abschreckung im europäischen Verbund sichern zu können. Dafür braucht es moderne Ausrüstung, ausreichende Finanzierung, attraktive Karrierewege und volle Interoperabilität mit den Streitkräften europäischer Partner. Österreich soll sich verstärkt an europäischen Ausbildungs-, Beschaffungs- und Fähigkeitsprojekten beteiligen, weiterhin NATO-kompatible Standards implementieren und Beiträge zu gemeinsamen Missionen ausbauen. Das Bundesheer muss sowohl zur klassischen Landesverteidigung als auch zum Schutz kritischer Infrastruktur, zur Cyberverteidigung und zur europäischen Krisenvorsorge befähigt sein. Eine stärkere Einbindung in europäische Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen ist hierfür unerlässlich.

Angesichts wachsender Unsicherheiten über die zukünftige Rolle der USA muss Europa seine sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. Im Sinne strategischer Autonomie muss Europa im Notfall fehlende US-Beiträge an Truppen und Fähigkeiten durch eigene Kapazitäten ersetzen können. Das heißt konkret: den europäischen Flügel der NATO stärken durch stärkere Interoperabilität und Durchhaltefähigkeit sowie militärische Kooperation innerhalb der Europäischen Union weiter ausbauen. NEOS treten für eine kontinuierliche Vertiefung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Ziel ist eine Europäische Union, die außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig ist, ihre Bürger:innen wirksam schützt und als glaubwürdiger sicherheitspolitischer Akteur internationale Verantwortung übernimmt.

NEOS fordern, dass Österreich seine Verpflichtungen aus der EU-Mitgliedschaft, insbesondere aus Artikel 42 Absatz 7 EUV, nicht durch ein überholtes Neutralitätsverständnis entleert. Die sogenannte irische Klausel macht den Beistand

im Ernstfall nicht optional. Österreich soll daher im Beistandsfall militärisch wie zivil helfen können: mit Streitkräften, zivilen Kräften, Logistik, Medizin, Cyberfähigkeit, Schutz kritischer Infrastruktur sowie Versorgung, Beschaffung und industrieller Durchhaltefähigkeit. Was Österreich in jedem Feld beitragen kann, muss vorab definiert und tatsächlich vorgehalten werden. Österreich soll zudem die Garantie abgeben, dass es die Durchführung militärischer Güter und Truppen europäischer Partner im Beistandsfall nicht blockiert.

Solange die im Vertrag über die Europäische Union (EUV) angelegte Europäische Verteidigungsunion nicht realisiert ist, gilt es, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den bestehenden europäischen Strukturen umzusetzen und zu vertiefen. Österreich braucht dafür eine ehrliche und ideologiefreie Debatte über seine Rolle im europäischen Verbund. Österreich soll jedenfalls dort laufend beitragen, wo europäische und partnerschaftliche Verteidigung heute organisiert wird: in PESCO, dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), dem European Defence Industry Programme (EDIP), der European Sky Shield Initiative (ESSI), der Initiative für militärische Mobilität sowie in Missionen und Übungen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP).

3. Maßnahmen

Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern rasches Handeln. Für die Gegenwart und Zukunft sind daher folgende Maßnahmen zu setzen:

3.1. Sofortige Maßnahmen

Offenen Dialog zur österreichischen Sicherheitspolitik führen

Ein breiter öffentlicher Dialog über Österreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Neutralität im europäischen Verbund soll angestoßen werden. Klar ist für NEOS, dass das Festhalten am Neutralitätsverständnis aus der Zeit des Kalten Kriegs keine Basis für Österreichs zukünftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein kann und in diesem Prozess zu überdenken ist. Es gilt Bewusstseinsarbeit dafür zu leisten, dass zeitgemäße solidarische Sicherheits- und Verteidigungspolitik militärische, zivile, wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Sicherheit integriert und Klarheit über die Rolle Österreichs innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur voraussetzt.

Militärische Einsatzfähigkeit des Bundesheeres nachhaltig erhöhen

Der Aufbauplan 2032+ und die Personalstruktur des Bundesheeres sind an die im jährlichen Risikobild identifizierten Risiken anzupassen. Dazu gehören insbesondere die beschleunigte Modernisierung der Ausrüstung, der Ausbau der

Luftraumüberwachung bzw. -verteidigung auf Basis neuer Technologien, eine zeitgemäße Drohnen- und Cyberabwehr, der Schutz kritischer Infrastruktur sowie eine bessere Personalgewinnung und die Attraktivierung militärischer Laufbahnen.

Interoperabilität mit europäischen Partnern konsequent ausbauen

Gemeinsame Ausbildungsprogramme, multinationale Übungen, NATO-Standards und gemeinsame Fähigkeitsentwicklung sind verstärkt umzusetzen. Als Good Practice gilt insbesondere die vollständige Einbindung in die NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) zur Stärkung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit.

Europäische Luftraumüberwachung und -verteidigung stärken

Österreich soll verstärkt an europäischen Luftraumverteidigungsprojekten wie Sky Shield teilnehmen. Die österreichische Luftraumüberwachung und -verteidigung sind entsprechend dem neuen Risikobild in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten neu aufzustellen und zu stärken. Dazu gehört ein automatischer, möglichst Echtzeit-Austausch von Sensor- und Luftlagedaten mit europäischen Partnern, damit Bedrohungen früh erkannt, ein gemeinsames Lagebild entsteht und der eigene Luftraum wirksamer geschützt werden kann.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktiv mitgestalten

Österreichs Mitwirkung an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union, an PESCO-Projekten, der Europäischen Verteidigungsagentur und weiteren europäischen Kooperationsformaten, etwa den EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment Capacities, RDC), ist deutlich zu intensivieren. Die Strukturplanung des Österreichischen Bundesheeres hat sich an den Anforderungen einer vorbehaltlosen Umsetzung der Solidaritätsverpflichtungen nach Artikel 42 Abs 7 EUV auszurichten. Als solidarischer Partner schützt Österreich seine Transportinfrastruktur für den Transit von Truppen und Hilfsgütern und beteiligt sich in Zukunft ohne Vorbehalt an der europäischen Initiative zur Stärkung der militärischen Mobilität EMERS (European Military Mobility Enhanced Response System).

Gemeinsame Beschaffung stärken

Aktuell erfolgt nur ein geringer Teil der europäischen Rüstungsbeschaffung gemeinsam. Nationale Alleingänge treiben die Kosten in die Höhe und verhindern die dringend notwendige Standardisierung von Gerät und Ausrüstung. Künftig müssen EU-Mittel daher klar an gemeinsame Beschaffung gebunden werden. Beschaffung im Rahmen europäischer Kooperationen soll in Zukunft automatisch gesetzeskonform sein. Derzeit müssen österreichische Partnerländer befürchten, dass sie an einem österreichischen Weiterverkaufsverbot scheitern. Das Kriegsmaterialgesetz ist hierfür zu reformieren.

Spionage unterbinden – Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit stärken

Österreich muss den Ruf ablegen, ein Zentrum für Spionage gegen die Interessen unserer Partner zu sein. Der Spionageparagraph im Strafrecht muss Spionage nicht nur gegen österreichische Interessen, sondern auch gegen unsere internationalen und insbesondere europäischen Partner, juristische und natürliche Personen innerhalb der EU (Unternehmen, Zivilgesellschaft, Oppositionspolitiker:innen, etc.) und gegen Internationale Organisationen unter Strafe stellen. Um Spionage, aber auch Gefährdungen gegen österreichische oder Partnerinteressen rechtzeitig aufklären zu können, sollen die Befugnisse unserer Nachrichtendienste an europäische Normen angeglichen werden. Österreichs Dienste müssen aktive Partner in Europa werden, anstatt nur passive Informationsempfänger zu sein.

Eine umfassende nationale Resilienzstrategie entwickeln

Energie-, Digital-, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung, strategische Reserven, Lieferketten und der Schutz kritischer Technologien sind als integrale Bestandteile nationaler Sicherheit zu definieren. Nationale Cyberabwehrkapazitäten und der Schutz kritischer Infrastruktur sind in europäischer Zusammenarbeit weiter auszubauen. Langfristig ist eine gesamtstaatliche Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die Bevölkerungsschutz, Zivilschutz, Krisenvorsorge und militärische Landesverteidigung stärker verzahnt.

Die demokratische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Österreichs und der EU festigen

Politische und demokratische Bildung, Verständnis für neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI), Medienkompetenz, die Bekämpfung extremistischer Radikalisierung sowie Maßnahmen gegen Desinformation und digitale Manipulation durch innere und äußere Akteure sind – im europäischen Verbund durch einen European Democracy Shield – zu stärken. Demokratiebildung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, digitale Souveränität, wissenschaftliche Exzellenz, Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sind als tragende Säulen moderner Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln.

Die Ukraine weiter unterstützen

Die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine ist durch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten konsequent fortzuführen. Ihr Wiederaufbau und ihre langfristige Einbindung in die europäische Sicherheitsarchitektur sind aktiv zu unterstützen. Dabei sind ihre einzigartigen Erfahrungen in moderner Verteidigung, Cyberabwehr und innovativen Militärtechnologien zu nutzen.

3.2. Langfristige Maßnahmen

Eine österreichische Gesamtstrategie für Strategische Autonomie entwickeln

Ziel muss die Verringerung kritischer Abhängigkeiten bei Energie, Rohstoffen, Halbleitern, Künstlicher Intelligenz, digitalen Plattformen und sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien sein.

Europäische Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Sektoren ausbauen

Die Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste, Cyberabwehr und Terrorismusbekämpfung sowie der systematische Informationsaustausch innerhalb Europas sind sukzessive zu vertiefen. Europol soll als zentrale europäische Koordinations- und Analyseagentur gestärkt werden.

Europäische Sicherheits- und Innovationspolitik stärken

Forschung, Start-ups und Dual-Use-Technologien im Sicherheitsbereich sind gezielt zu fördern. Dazu braucht es mehr EU-Mittel, schnellere Zulassungsverfahren und bessere Verknüpfung von ziviler und militärischer Innovation – im Sinne der Draghi- und Letta-Reports. So steigert Europa seine technologische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit.

Gemeinsame europäische Rüstungs- und Beschaffungspolitik vorantreiben

Gemeinsame Beschaffung und Rüstungsprojekte sollen zunehmend Doppelgleisigkeiten abbauen, Skaleneffekte ermöglichen, die europäische Verteidigungsindustrie stärken und Europas technologische Souveränität ausbauen.

Die Europäische Verteidigungsunion vollenden

Eine handlungsfähige Europäische Verteidigungsunion ist als Ziel der europäischen Integration über die Grenzen der EU hinaus zu unterstützen. Österreich soll sich dabei als konstruktiver Mitgestalter positionieren. Allfällige Bündnisentscheidungen dürfen keinesfalls über die Köpfe der Bürger:innen hinweg fallen. Sicherheitspolitik gewinnt nur Bestand, wenn sie erklärt und getragen wird.

Eine eigenständige EU-Armee aufbauen

Die EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment Capacities) sollen schrittweise zu permanenten gemeinsamen europäischen Streitkräften weiterentwickelt werden – mit gemeinsamen Kommandostrukturen, Ausbildung, integrierter Logistik, Beschaffung und Budget. Als logische Vollendung der Vereinigten Staaten von Europa entsteht daraus eine eigenständige EU-Armee, bestehend aus Berufssoldat:innen, auf Basis der RDC als Nukleus. Damit die Europäische Union eigenständig die Sicherheit ihrer Bürger:innen gewährleisten kann, müssen alle Mitgliedsstaaten – darunter selbstverständlich auch Österreich – die notwendigen politischen und rechtlichen Schritte zum Aufbau einer EU-Armee setzen.